

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**30. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.04.2017	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:27 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Andreas Sankewitz- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)		
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Henning Stabe- CDU		
Thomas Thalau- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nil Gersdorf- CDU		
Timo Jeguschke- FDP	Vertretung für: Herrn Joachim Schlitz- ke	
Jean Paul Köpsell- SPD		
Kerstin Langmaack- BfL	Vertretung für: Frau Natalie Regier	
Bernd Mewes- BfL		
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	ab 16.06 Uhr (TOP 6)	
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Monika Borso-		
Katja Elstner-		
Dr. Michael Hamschmidt-		
Manuel Hertz- FBC FB 2		
Norma Meyer-		

Sigrid Roggensack-	
Elke Sasse-	
Inge Schröder-	
Claudia Schwartz-	
Christian Stolte- 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	
Protokollführung	
Britta Bormann-	
Gäste	
Helmut Müller-Lornsen- stellvertr. Beauftragter für Menschen mit Behinderung	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Natalie Regier- BfL	fehlt entschuldigt
Joachim Schlitzke- FDP	fehlt entschuldigt
Ulrike Siebdrat- SPD	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.03.2017
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung; Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern "Kindheit, Jugend und Familie" und "Schule und Bildung" Vorlage: VO/2017/04656
6.2.	Wohnungsmarktbericht 2016 und Sozialer Wohnungsbau -mündlicher Bericht-
7.	Beschlussvorlagen
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.04.2017 Vorlage: VO/2017/04788
9.2.	Stand Abarbeitung BAföG-Anträge und Ausblick
10.	Anfragen/Antworten
10.1.	AT zur Anfrage des AM Rolf Klinkel (GAL) • Antragsstau in der Gewährung von Schülerbafög (TOP 10.1) Vorlage: VO/2017/04828
10.2.	Finanzielle Mittel zur Integration -Anfrage AM Heidi Menorca- Vorlage: VO/2017/04824
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern

11.1.	AT zum Antrag des AM Rolf Klinkel (GAL) • Gewährung von Sozialleistungen durch den Bereich Soziale Sicherung (TOP 11.1) Vorlage: VO/2017/04827
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 30. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Müller-Lornsen (stellvertr. Beauftragter für Menschen mit Behinderung), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Herr Gebert und Herr Jugert (Seniorenbeirat) lassen sich entschuldigen.

Herr Jeguschke wurde in der Bürgerschaftssitzung am 30.03.2017 als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss gewählt; er vertritt heute Herrn Schlitzke.

Frau Regier wird durch Frau Langmaack vertreten.

Frau Siebdrat fehlt entschuldigt.

Frau Zunft ist ab 16.06 Uhr (TOP 6) anwesend.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Jeguschke und Frau Langmaack gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Gemäß Nachtragstagesordnung wird die Anfrage von Frau Menorca zum Thema „Finanzielle Mittel zur Integration“ unter TOP 10.2 behandelt.

Zudem hat Herr Klinkel seine Anfrage zu TOP 10.1 zum Thema „BAföG“ sowie seinen Antrag zu TOP 11.1 „Gewährung von Sozialleistungen durch den Bereich Soziale Sicherung“ geändert.

Alle genannten Unterlagen wurden vor Sitzungsbeginn umverteilt.

Weitere Mitteilungen unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – sind nicht vorgesehen.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.03.2017
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

keine

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung; Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern "Kindheit, Jugend und Familie" und "Schule und Bildung" Vorlage: VO/2017/04656
---------------	--

Frau Menorca bittet Frau Schröder -auch im Interesse der neuen Teilnehmer- zunächst um eine kurze Einführung zum Thema; Frau Schröder kommt dieser Bitte nach.
Frau Menorca hat einige Anmerkungen zum Bericht; weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6.2	Wohnungsmarktbericht 2016 und Sozialer Wohnungsbau -mündlicher Bericht-
---------------	--

Nach einleitenden Worten von Herrn Senator Schindler führt Herr Stolte anhand der als **Anlage 1** beigefügten Unterlagen zum Thema Wohnungsmarktbericht 2016 aus. Zudem weist er auf den vor Sitzungsbeginn in Papierform umverteilten „Wohnungsmarktbericht 2016“ inkl. der Anlage „Bauflächensteckbriefe“, der jährlich fortgeschrieben wird.

Herr Stolte und Herr Senator Schindler beantworten anschließend Fragen u.a. von Frau Akyurt (zu den verfügbaren Flächen) und Frau Zunft (zur Bereitschaft möglicher Inverstoren

für den Sozialen Wohnungsbau). Herr Senator Schindler verweist in diesem Zusammenhang auf die sog. „Verbilligungsrichtlinie“ und den Investitionskostenzuschuss als Mittel zur Steigerung der Attraktivität des Sozialen Wohnungsbaus.

Frau Elstner berichtet dann zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“ und zur Auslastung des kommunalen Förderbudgets sowie zu den im Rahmen des Budgets geplanten und realisierten Bauvorhaben (siehe ebenfalls o.a. Anlage 1).

Zu Fragen und Anmerkungen von Frau Langmaack (zur „30%-Regelung“, Flächennutzungsplan) und Herrn Stabe (zum Thema „Verbilligungsrichtlinie“) nehmen Herr Stolte und Herr Senator Schindler Stellung.

Frau Elstner berichtet kurz zur aktuellen Situation in der Wohnungsvermittlung (siehe ebenfalls o.a. Anlage 1) und führt hierzu u. a. auf Anfrage von Frau Menorca aus, dass ein großer Bedarf an Single-Wohnungen und Wohnungen für große Familien besteht und dass Wohnungen in allen Stadtteilen nachgefragt werden.

Herr Senator Schindler erklärt auf Nachfrage von Frau Akyurt, es werde derzeit ein Zeitplan erarbeitet, wann welche Vorhaben umgesetzt werden.

Der Ausschuss werde zu gegebener Zeit entsprechend informiert.

Außerdem spricht Frau Zunft.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 7	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

zu 8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

Es liegt nichts vor.

zu 9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
-------------	---

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.04.2017 Vorlage: VO/2017/04788
---------------	---

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Stand Abarbeitung BAföG-Anträge und Ausblick

Frau Schwartz erklärt, dass das Ziel, die noch unbearbeiteten Anträge bis Ende April d.J. zu bescheiden, erreicht werde.

In der nächsten Ausschusssitzung wird Frau Schwartz erneut zum Thema vortragen, auch im Hinblick auf die in die Zukunft gerichteten Maßnahmen zur Vermeidung einer derartigen Situation.

Im Übrigen verweist Frau Schwartz auf die Beantwortung der Anfrage zu TOP 10.1.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

zu 10.1 AT zur Anfrage des AM Rolf Klinkel (GAL) • Antragsstau in der Gewährung von Schülerbafög (TOP 10.1) Vorlage: VO/2017/04828
--

Anfrage:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

1. Für die Gewährung des Schülerbafög ist das Amt für Ausbildungsförderung im Bereich Soziale Sicherung der Hansestadt zuständig. Ab dem 1. August 2016 wurden die Leistungen und die Einkommensfreibeträge erhöht. Ich gehe davon aus, dass ab diesen Zeitpunkt sich auch die Anzahl der Antragsteller*innen erhöhte. Hierzu habe ich folgende Frage:

- Wie hat das Amt für Ausbildungsförderung sich auf die Erhöhung der Anzahl der Antragsbearbeitungen vorbereitet?

2. In der Märzsession 2017 wurde der Sozialausschuss darüber informiert, dass zur Hochzeit der Antragstellung drei Mitarbeiter*innen weggegangen sind und die Einarbeitung der neuen Kräfte länger gedauert habe als gedacht (vgl. LN 10.03.17). Hierzu habe ich folgende Fragen:

- Wann war dem Amt für Ausbildungsförderung bekannt, dass zur Hochzeit der Antragstellung die drei Mitarbeiter*innen weggehen?
- Wann wurden die neuen Mitarbeiter*innen eingestellt?
- Wie lange dauerte die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter*innen?

3. Seit dem 1. August 2016 sind die Bundesländer verpflichtet, eine elektronische Antragstellung zu ermöglichen. In der Märzsession 2017 wurde der Sozialausschuss darüber informiert, dass es mit der

Software, die das Land zur Verfügung stellte, technische Probleme gebe und diese nicht rund laufe (vgl. LN 10.03.17). Hierzu habe ich folgende Fragen:

- Wann stellte das Land der Hansestadt die Software zur Verfügung?
- Wann hat die zuständige Behörde die technischen Probleme der Software bemerkt?
- Wann und wie hat die Hansestadt das Land über die mangelhafte Software informiert?
- Wurden die Fehler beseitigt und funktioniert die Software inzwischen? Und wenn ja, seit wann?
- Hat die Hansestadt mit anderen Schleswig-Holsteinischen Städten bezüglich der fehlerhaften Software und einer verkürzten Antragstellung zusammen gearbeitet? Und wenn ja, wie?

4. Über dreihundert Schüler*innen warten seit fast einem dreiviertel Jahr auf Bafög-Leistungen, die sie dringend zum Überleben benötigen - und ohne die sie möglicherweise gezwungen sind, den Schulbesuch abbrechen.

Antragssteller*innen haben jedoch Ansprüche auf Vorschüsse, wenn ein Antrag nicht innerhalb eines Monats entschieden wird (vgl. § 42 SGB I). Der Gesetzgeber geht jedoch davon aus, dass ein Bafög-Folgeantrag einfach zu entscheiden sei. Er konnte sich das Lübecker Schneckentempo bei der Antragsbearbeitung nicht vorstellen und schränkte das Bafög-Gesetz dahin gehend ein, dass unter bestimmten Bedingungen Vorschüsse bei einem Erstantrag gewährt werden können (vgl. § 51 BAföG)

Vorschusszahlungen bei Folgeanträgen sind im BaföG nicht geregelt. Da es sich bei den Bafögzahlungen um Sozialleistungen handelt, gehe ich davon aus, dass hier für Vorschusszahlungen die Regeln des allgemeinen Sozialrechts (§ 42 SGB I) gelten.

Die Sozialverwaltung lehnte jedoch zustehende Vorschusszahlungen mit der Begründung ab, das Land finanziere das Schülerbafög und das Computerprogramm sehe dies nicht vor (vgl. LN 10.03.17).

Nach meiner Meinung spielt es für Vorschusszahlungen keine Rolle, wer die Sozialleistungen bezahlt. Hier kommt es nur darauf, wer die Hilfeleistung gewährt und wo sie beantragt wird. Unzweifelhaft wird das Schülerbafög im Amt für Ausbildungsförderung beantragt, das diese Sozialleistung gewährt und auch Vorschüsse zahlen muss. Hierzu habe ich folgende Fragen:

- Hat die Sozialverwaltung Bafögantragsteller*innen über Vorschusszahlungen und darüber, wo diese beantragt werden können und wer dafür zuständig ist, informiert?
- Ist die Sozialbehörde nicht mehr in der Lage Schülerbafögvorschüsse zu zahlen, wenn eine fehlerhafte nicht rund laufende Software diese nicht vorsieht?

5. Am 16. März versprach der Bürgermeister, Schüler*innen, die schon monatelang auf dringend benötigte Bafög-Leistungen warten müssen, schnelle Hilfe zu leisten und ihnen im Einzelfall Abschlüsse zu zahlen (vgl. LN 16.03.17). Hierzu habe ich folgende Frage:

- Wie vielen Antragsteller*innen wurde nach dem Versprechen des Bürgermeisters schnelle Hilfe geleistet und Abschlüsse gezahlt?

6. Aufgrund der öffentlichen Berichterstattung in Medien und im Sozialausschuss über die unzumutbar lange Bearbeitungszeit der Schülerbaföganträge arbeitet die Sozialverwaltung nun zwischenzeitlich mit Hochdruck an der Abarbeitung der Rückstände. Bis spätestens Ende April 2017 sollen alle Rückstände des vergangenen Jahres aufgearbeitet werden. Dies soll zum einen durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe und zum anderen durch organisatorische Maßnahmen wie eine Urlaubssperre für die Mitarbeiter*innen und Führungskräfte und eine Verstärkung des Teams mit zuarbeitenden Kräften erreicht werden. Hierzu habe ich folgende Fragen:

- Ab wann arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck an der Abarbeitung der Rückstände?
- Wie und wann wurden die Arbeitsabläufe optimiert?

- Ab wann werden die organisatorischen Maßnahmen wie eine Urlaubssperre für die Mitarbeiter*innen und Führungskräfte und eine Verstärkung des Teams mit zuarbeitenden Kräften durchgeführt?
- Wie viele Schülerbafög-Anträge wurden 2016 beim Amt für Ausbildungsförderung gestellt und wie viele davon wurden bisher entschieden?
- Wie viel Anträge wurden vom 1. Januar bis 31. März 2017 gestellt und wann sollen die Anträge entschieden werden?

7. Warum hat die Sozialverwaltung den Sozialausschuss erst nach der öffentlichen Berichterstattung in der örtlichen Presse über die Missstände bei den Bafög-Gewährungen informiert?

8. Leistet die Hansestadt Lübeck den Opfern des Lübecker Schneckentempos bei der Antragsbearbeitung Schadensersatz – z.B. Übernahme der Zinsen für Überziehungskrediten, der Kosten für einen Wohnungswechsel nach einer Kündigung wegen Mietschulden sowie der Kosten für die Wiederaufnahme gesperrter Energielieferungen wegen Strom- und/oder Gaslieferungen?

9. Die Schüler*innensprecherin der Dorothea-Schlözer-Schule informierte im März die Sozialverwaltung darüber, dass fünf Anträge von Schüler*innen ihrer Schule noch nicht entschieden wurden. Die Sozialverwaltung versprach daraufhin, die Bearbeitung dieser Anträge vorzuziehen. Hierzu habe ich folgende Frage:

- Aus welchem Grund wurde die Bearbeitung dieser Anträge vorgezogen?

Frau Menorca bittet vor dem Hintergrund der umfangreichen Diskussionen zum Thema in der letzten Ausschusssitzung am 07.03.2017 und auch in der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017 um Einverständnis, dass die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage schriftlich zum Protokoll gereicht wird (siehe **Anlage 2**).

Herr Klinkel ist einverstanden und begründet nochmals kurz seine Anfrage.

Es sprechen außerdem Frau Zunft, Frau Schwartz, Herr Senator Schindler und Herr Petereit. Auf Antrag von Frau Akyurt beschließt der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung den Schluss der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

zu 10.2 Finanzielle Mittel zur Integration
-Anfrage AM Heidi Menorca-
Vorlage: VO/2017/04824

Anfrage:

Der Bürgermeister wird gebeten, dem Sozialausschuss darzustellen

1. in welcher Höhe die Hansestadt Lübeck über das Land Schleswig-Holstein weitergeleitete finanzielle Mittel auf Grund des Integrationsgesetzes vom Bund erhalten hat,
2. wie diese Mittel verwendet wurden,

3. welche Anzahl an Flüchtlingen damit gefördert wurden,
4. und welche Planung für die in diesem „Topf“ noch vorhandenen Finanzreste bestehen.

Frau Menorca ist einverstanden, dass die Anfrage in der nächsten Ausschusssitzung zusammen mit dem Überweisungsauftrag zum Thema „Schaffung von Beschäftigungsangeboten für ausländische Flüchtlinge i.R.d. Asylbewerberleistungsgesetzes“ aus der Sitzung der Bürgerschaft am 30.03.2017 behandelt wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern
--

zu 11.1 AT zum Antrag des AM Rolf Klinkel (GAL) • Gewährung von Sozialleistungen durch den Bereich Soziale Sicherung (TOP 11.1) Vorlage: VO/2017/04827
--

Antrag:

1. Die Sozialverwaltung wird gebeten, dem Sozialausschuss über die Gewährung von Sozialleistungen durch den Bereich Soziale Sicherung zu berichten. Es soll berichtet werden über
 - a. die einzelnen Sozialleistungen, die im Bereich Soziale Sicherungen beantragt werden;
 - b. Vorschusszahlungen von Sozialleistungen durch den Bereich Soziale Sicherungen sowie über die entsprechenden Verwaltungsvorschriften;
 - c. die monatliche Anzahl der Erst- und Folgeanträge der einzelnen Sozialleistungen im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. März 2017;
 - d. die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Erst- und Folgeanträge der einzelnen Sozialleistungen – sowie über die Anzahl der Anträge, deren Bearbeitungszeit länger als einen Monat dauerte und dies nicht durch fehlende Mitwirkung der Antragsteller*innen verursacht wurde;
 - e. die Anzahl der Ablehnungen von Erst- und Folgeanträge der einzelnen Sozialleistungen;
 - f. die Anzahl der Widersprüche gegen Entscheidungen der Sozialverwaltung sowie über die durchschnittliche Dauer der einzelnen Widerspruchsverfahren und die Anzahl der Ablehnungen von Widersprüchen;
 - g. die Anzahl der Klagen gegen Entscheidungen der Sozialverwaltung sowie über die Anzahl der Klageablehnungen;
 - h. die monatliche Anzahl der Vorschusszahlungen für die einzelnen Sozialleistungen im Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. März 2017; sowie
 - i. mögliche Maßnahmen, mit denen lange Bearbeitungszeiten von Sozialleistungsanträge verhindert werden können, sowie über Maßnahmen, die die Sozialverwaltung insbesondere bei

der fast dreivierteljährlichen Bearbeitungszeit der Schülerbaföganträge bisher schon getroffen hat;

2. Die Sozialverwaltung wird gebeten, dem Sozialausschuss über Verzögerungen und Missstände bei Antragsbearbeitungen für soziale Leistungen rechtzeitig zu informieren, wenn diese
 - a. nicht durch fehlende Mitwirkung der Antragsteller*innen verursacht wurden,
 - b. länger als einen Monat dauert, und
 - c. es sich nicht um Einzelfälle handelt.

Herr Klinkel begründet seinen Antrag.
Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Ausschuss beschließt mit 1 Ja-Stimme, 2 Enthaltungen und 11 Nein-Stimmen, den Antrag abzulehnen.

zu 12 Verschiedenes

Frau Zunft fragt nach Möglichkeiten für Flüchtlingsfrauen mit kleinen Kindern, Deutschkurse mit Kinderbetreuung besuchen zu können.

Herr Senator Schindler erklärt, er werde bei der VHS Lübeck (dort wird „Deutsch für alle“ angeboten) entsprechende Erkundigungen einziehen und dann berichten.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet statt am Dienstag, den 02.05.2017, um 16.00 Uhr im VZM Mühlentor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 3. Mai 2017

Andreas Sankewitz
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung